

## ABSCHUB NACH WESTEN

### **Die Vertreibungskatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen Ost-Mittleuropas Band III/04**

#### Vertreibungspläne und politische Vereinbarungen der Siegermächte, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen von August 1945 bis Dezember 1945

##### **01.08.1945**

Geoffrey Harrison, der für die Briten an den Umsiedlungsverhandlungen teilnimmt, berichtet am 1. August 1945 über die Potsdamer Konferenz: (x039/174, x024/124): >>Die Verhandlungen waren nicht einfach - Verhandlungen mit den Russen sind nie einfach ... Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, möchten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden. ...<<

>>... Onkel Joe (Stalin) war schließlich ebenfalls bereit, die polnische und tschechische Regierung und den Kontrollrat für Ungarn aufzufordern, die Vertreibungen hinauszuschieben, bis der Bericht des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vorliege. Das kann vielleicht für den Augenblick Massenvertreibungen verhindern, doch ich zweifle nicht daran, daß sich auch weiterhin täglich Hunderte von Deutschen nach Westen absetzen werden.

Wir haben unser Bestes getan, um einen gewissen Überblick über die Aufnahmefähigkeit Deutschlands zu erhalten, doch hier stellten sich die Russen quer, weil sie überhaupt nicht daran zweifeln, daß Deutschland Millionen Ausgewiesene aufnehmen kann. Bis zu einem gewissen Grad wird die Sache durch die Wendung im Absatz abgesichert: "Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation in Deutschland" ...<<

##### **02.08.1945**

Die Potsdamer Konferenz wird am 2. August 1945 um 0.30 Uhr beendet. Im Verlauf dieser internationalen Konferenz schließen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelt sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18-19).

Mit Verabschiedung der Potsdamer Erklärung werden die jahrhundertealten Grenzen des deutschen Volkes beispiellos verändert. Die westlichen Alliierten beginnen gleichzeitig eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement"). Die Unbestimmtheiten des Potsdamer Abkommens verursachen nicht nur einen jahrzehntelangen Schwebezustand der künftigen deutschen Staatsgrenzen, sondern sie besiegeln außerdem endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mittleuropa.

##### **Anfang August 1945**

Die "Joint Relief Commission" des Internationalen Roten Kreuzes berichtet (x044/197):

>>Am 27. Juli 1945 traf im Berliner Westhafen ein Lastkahn ein, mit einer tragischen "Fracht" von 300 Kindern, halb tot vor Hunger. Sie kamen aus Finkenwalde in Pommern. Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren lagen am Boden des Kahns, reglos, von Krätze zerfressen, die Gesichter vom Hunger verzerrt. Die kleinen Körper, die Knie und die Füße waren aufgeschwollen - typische Hungerödeme.<<

##### **03.08.1945**

Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse tritt die polnische Verwaltung der deutschen Ostgebiete und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).

##### **06.08.1945**

Die Londoner "Daily Mail" veröffentlicht einen Bericht der Journalistin Rhona Churchill (x004/66,101): >>Die Geschichte von 6 Millionen Deutschen, zerstreut durch das Sudeten-

land und andere Teile von Tschechoslowakei und Polen, ist an sich gräßlich, aber niemand kann behaupten, daß es das uralte Prinzip von Aug' um Aug' übersteige. ...

Letzten Monat entschieden z.B. junge Revolutionäre der tschechischen Nationalgarde in Brünn, ihre Stadt zu "reinigen". Kurz vor 9 Uhr abends marschierten sie durch die Straßen. ... Den Frauen wurden 10 Minuten gelassen, ihre Kinder zu wecken und anzukleiden, ein Bündel mit wenigen Habseligkeiten zu nehmen und auf den Bürgersteig hinauszukommen. Hier wurden sie aufgefordert, alle Juwelen, Uhren, Pelze und das Geld den Gardien zu übergeben. Nur ihre Eheringe durften sie behalten. Dann wurden sie, die Gardien immer in Schußweite hinter ihnen her, der österreichischen Grenze entgegengetrieben. Es war stockfinster, als sie zur Grenze kamen. Die Kinder jammerten, die Frauen stolperten dahin, und die tschechischen Grenzgardien stießen sie über die Grenze den österreichischen Grenzgardien entgegen.

Dann begann eine neue Qual. Die Österreicher weigerten sich, sie anzunehmen; die Tschechen weigerten sich, sie zurückzunehmen. So wurden sie für die Nacht in ein Feld hineingestoßen, und am Morgen wurden einige Rumänen zu ihnen gesandt, sie zu bewachen. Sie sind noch in diesem Feld, das sich inzwischen in ein Konzentrationslager umgewandelt hat. Sie haben nichts zu essen, als was ihnen von Zeit zu Zeit die Wachen geben, sie haben keinerlei Rationen bekommen. Unter ihnen ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, und man sagt, daß sie, zu etwa Hundert täglich, dahinsterven. 25.000 Männer, Frauen und Kinder machten diesen Gewaltmarsch von Brünn, unter ihnen eine Engländerin, die an einen Nazi verheiratet ist, eine Österreicherin im Alter von 70 und eine Italienerin im Alter von 86 Jahren.

Konzentrationslager für Deutsche werden nun im ganzen Land errichtet. und die Deutschen werden unterschiedslos hineingetrieben. ... Sogar deutsche Juden und Antinazis, die erst kürzlich aus Konzentrationslagern der Gestapo befreit wurden, sind davor nicht sicher.<<

#### **07.08.1945**

Probst Grüber schreibt an den britischen Lordbischof von Chichester (x039/229): >>Gott schenke den Christen in aller Welt offene Ohren, die Notschreie der deutschen Menschen zu hören, die auf den Landstraßen sterben und verkommen. Tausende von Leichen spülen die Oder und die Elbe ins Meer. ... Tausende und Zehntausende sterben auf den Landstraßen vor Hunger und Entkräftung.<<

Die französische Regierung stimmt den Potsdamer Beschlüssen - mit Ausnahme der Abschnitte, die sich auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands beziehen - nachträglich am 7.08.1945 zu, lehnt es jedoch ab, die französische Besatzungszone für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene zu öffnen (x040/293, x118/31).

#### **16.08.1945**

Die UdSSR und Polen schließen ein Grenzabkommen über die gemeinsame "ostpreußische Grenze".

Im Artikel 1 des Grenzvertrages stellt man fest, daß die sowjetisch-polnische Staatsgrenze entlang der "Curzon-Linie" verläuft (x111/65).

Die endgültige Grenzziehung wird jedoch ausdrücklich bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aufgeschoben (x028/178).

Churchill, der neue Oppositionsführer (ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik), beklagt am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus dem "neuen Polen" und der CSR (x028/128,178): >>... Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden. Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten. Die polnische Regierung sagt, von diesen befänden sich noch 1.500.000, die bisher nicht vertrieben wurden, innerhalb der neuen Grenzen. Andere Millionen müssen hinter den britischen und amerikanischen Linien Zuflucht genommen haben, wodurch sie die Lebensmittelknappheit in unserer Zone erhö-

hen.

Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Anzahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.

Spärliche und vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt. ...<<

>>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist. ...<<

#### **17.08.1945**

Der Bischof von Chichester berichtet über die große Not im Deutschen Reich (x111/65): >>Es besteht im Ausland offenbar ein völlig falscher Eindruck über die wahre Lage in Deutschland. Das Gewissen gebietet es uns, nicht länger zu schweigen. Die Wahrheit besteht darin, daß die Not im Reich von Tag zu Tag steigt und daß eine fürchterliche Hungersnot ausbrechen muß, falls nicht schleunigst Hilfe einsetzt. Wir hören von Rationen, die der Bevölkerung zugesagt worden sind; aber man verschweigt uns, daß diese nur auf dem Papier stehen und nicht zur Verteilung kommen. ...

Dies ist die Lage im Herzen des Reiches, aber sie verschlimmert sich täglich durch das Eintreffen von Strömen von Flüchtlingen aus den östlichen Teilen Deutschlands. Aus den Gebieten östlich der Oder vertreiben die Polen alle Einwohner nach dem Westen. Man muß diese Flüchtlinge gesehen haben, um beurteilen zu können, was über sie hereingebrochen ist. Es gibt keine Worte, um ihr Elend beschreiben zu können.<<

#### **20.08.1945**

Die tschechische Zeitschrift "Zivot" berichtet über die Explosion in Aussig-Schönpriesen (x004/73): >>Aussig ruft und gebietet: Nicht ein Deutscher auf tschechischem Gebiet! Nicht ein Deutscher in Prag!

Und wenn er sich unter was immer für einem Mantel von Mischehe oder Loyalität verbirgt. Das Volk wird seiner Regierung folgen, ohne sich etwas abhandeln zu lassen und entschieden bis in (alle) Konsequenzen, und erwartet von ihr energische Taten.<<

Minister Ripka erklärt in einer Rundfunkansprache, daß die Ausweisung der Deutschen dringend erforderlich ist (x004/116): >>Es handelt sich dabei um einen fundamentalen Grundsatz unserer politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung. Dieser Bevölkerungsabschub liegt nicht nur im Interesse der Tschechoslowakei, sondern ist eine unumgängliche Voraussetzung für die Beibehaltung des Friedens. Die Tschechen freuten sich daher über den ... Beschluß von Potsdam, konnten jedoch die Verschiebung der Deportation nicht begrüßen. Wir sind uns der Schwierigkeiten der Alliierten bewußt, indessen können wir kaum Vorbereitungen für die Umorganisation und den Neuaufbau der Grenzgebiete treffen, bis wir wissen, wann die Deutschen sie verlassen werden.<<

#### **22.08.1945**

Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfindet) wird am 22. August 1945 veröffentlicht (x156/12-14, x028/253-254, x156/14-16, x028/256-258): >>...

I. ... Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungsaustausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der durch diese Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.

Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konfe-

renz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und die Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit einer erneuerten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

## **II. Die Einrichtung eines Rates der Außenminister**

... 3a. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird. ...

## **III. Über Deutschland**

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. ...

Der deutsche Militarismus und Nationalsozialismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien Völkern der Welt einzunehmen. ...

### **A. Politische Grundsätze**

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik, welche in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrats handeln, jeder in seiner Besatzungszone nach den Leitsätzen seiner entsprechenden Regierung sowie gemeinsam in den ganz Deutschland betreffenden Fragen ausgeübt.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

I. Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. ...

II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigne mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

III. Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen sind zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können, jeder nazistischen Propaganda ist vorzubeugen.

IV. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer

Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten. ...<<

>>... 4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche, noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.

9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:

(I) wird die lokale Selbstverwaltung in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und mit den Zielen der militärischen Besetzung vereinbar ist, wiederhergestellt.

(II) sind in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen. ...

(IV) wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

...<<

#### >>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken ... Die

Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, ... entweder zu entnehmen oder, falls sie nicht entnommen werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

13. Bei der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. ...

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Demilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr,

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistung, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind, und die für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**, wichtig sind (Europäische Länder bedeuten alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion) ...

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten. Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. ... Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten.

... 18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Nach der Bezahlung der Reparationen sind dem deutschen Volke genügend Mittel zu belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren.

#### **IV. Reparationen aus Deutschland**

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, daß Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft erreicht:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.

2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.

3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.

4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:

a) 15 % derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Hauptausrüstung, vor

allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig sind und aus den westlichen Zonen Deutschlands im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und solchen anderen Waren entnommen werden soll, über die noch eine Vereinbarung getroffen werden mag.

b) 10 % derjenigen industriellen Hauptausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. ...

8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.

9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreiches verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile der deutschen Unternehmen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ost-Österreich.

10. Die Sowjetunion erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold. ...<<

#### >>... **VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet**

... Die Konferenz hat grundsätzlich den Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und der anliegenden Gebiete an die Sowjetunion ... zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt.

Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden. ...

#### **IX. Polen**

... Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definieren sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:

... Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. ...

b) Bezüglich der Westgrenze wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinungen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt.

Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz (Bildung einer deutschen Zentralregierung) zurückgestellt werden soll (eine Formulierung, die sich von der Verfügung Art. VI des Abkommens deutlich unterschied).

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der

westlichen (Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ... gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

### **XIII. Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile**

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.

Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß (Verteilung auf die einzelnen Besatzungszonen) geprüft haben. ...

Unterzeichnet: J. Stalin - Harry S. Truman - C. R. Attlee.

2. August 1945.<<

Der britische Unterhausabgeordnete Evans berichtet am 22.08.1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/230): >>Gegenwärtig strömen 200.000 alte Leute, Frauen und Kinder jede Woche vom Osten nach Berlin hinein.

Sie sind heimatlos und besitzen nur, was sie auf dem Leibe tragen. Eine Frau schob in 2 Kinderwagen 6 Kinder fast 150 km weit. ...

Ist es das, wofür jene Herzen, die nicht zurückkommen werden, jene, die nicht alt werden, wie wir anderen alt werden, gekämpft haben und gestorben sind? ...<<

### **23.08.1945**

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet (x028/117): >>Britische Beobachter in Wien teilen mit, daß auch nach der Erklärung von Potsdam, die einen geregelten Transfer vorschrieb, Hunderttausende von Vertriebenen die österreichische Grenze überschritten haben.

Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Vertreibungen nicht, wie Churchill annahm, auf russischen Befehl, sondern auf Veranlassung der örtlichen tschechischen Behörden erfolgten. ... In Berlin und vom Mecklenburgischen bis nach Sachsen treffen Kolonnen halbverhungelter Menschen ein, die von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf weitergeschickt werden. Tausende erreichen überhaupt kein Ziel mehr und leben in Straßengraben und Wäldern.<<

### **24.08.1945**

Norman Clark berichtet am 24. August 1945 im "News Chronicle" über das Elend der deutschen Vertriebenen in Berlin (x028/129-130): >>Unter dem zerbombten Dach des Stettiner



Bahnhofs ... blickte ich nachmittags in einen Viehwagen, der an den Puffern neben Bahnsteig 2 abgestellt worden war.

Auf einer Seite lagen vier Gestalten tot unter Decken, auf Tragen aus Bambus und Raphiabast; in einer anderen Ecke vier weitere, alles Frauen, im Sterben.

Eine rief kaum hörbar nach Wasser. ... Zwei Sanitätshelferinnen taten, was sie konnten, um die kleinen Wünsche der Sterbenden zu erfüllen.

Der Zug kam aus Danzig. Er war 7 Tage unterwegs gewesen. Manchmal dauerte es länger. Diese Leute im Viehwagen und Hunderte, die auf den Bündeln mit ihrer Habe auf dem Bahnsteig und in der Bahnhofshalle lagen, waren das tote oder sterbende oder verhungerte Strandgut, das die Flut menschlichen Elends, die täglich Berlin erreicht, zurückgelassen hatte. Am nächsten Tag wird es in einen anderen Zug gepackt, der eine andere Stadt ansteuert, immer in hoffnungsloser Suche nach Nahrung und Hilfe.

Tausende - bis zu 25.000 am Tag - kommen zu Fuß in die Außenbezirke gewandert, wo man sie anhält und ihnen den Zugang zu der bereits überfüllten Stadt verwehrt.

Jeden Tag werden zwischen 50 und 100 Kinder - bisher in kurzer Zeit schon insgesamt 5.000 -, die beide Eltern verloren haben oder verlassen worden sind, auf Berliner Bahnhöfen aufgesammelt und in Waisenhäuser oder zu Pflegemüttern in Berlin gebracht.

Ohne zentrale Kontrolle versuchen die Wohlfahrtsausschüsse, mit Schwierigkeiten fertigzuwerden, die über ihre Kräfte gehen. (Die Organisation erhielt weder Telefon noch Auto und ist bei der Koordinierung irgendwelcher Pläne, falls es überhaupt Pläne gibt, auf einen Kurier mit Fahrrad angewiesen, der wiederum von der Gnade mitfühlender militärischer Straßenkontrollen abhängt).

Hier in Berlin leben wir im Schatten von Hunger und Mangel, im Schatten des Todes und der Epidemien, wie sie die Welt in der uns überlieferten Geschichte nicht erlebt hat. ...

Das ist eine grobe Mißachtung der Potsdamer Vereinbarung, in der gefordert wird, daß die Umsiedlungen von Menschen in "geregelter und humaner Weise" vor sich gehen sollen. ...<<

### **29.08.1945**

Der tschechische Ministerpräsident Fierlinger erklärt am 29. August 1945 vor der Presse in Brünn (x005/313): >>... daß man sich bemühe, das Problem der Deutschen und ihres Abschlusses in einer kultivierten Weise und keineswegs brutal mit Konzentrationslagern und durch das Kopieren der Methoden zu lösen, die die Nazisten gebrauchten, und dabei Rücksicht auf Frauen und Kinder zu nehmen.

Wir werden nichts versäumen, auch nicht in gesundheitlicher und ärztlicher Betreuung. Der deutschen Bevölkerung wird Gelegenheit zur Arbeit gegeben, damit sie tatsächlich zum Wiederaufbau beitragen kann und ihre Kräfte in einer Weise ausgenützt werden, die der kulturellen Höhe unseres Volkes entspricht.

Besonders jetzt geschehe alles unter Aufsicht der Behörden, und unser Volk bemühe sich, die Probleme so zu lösen, wie es das Ausland erwarte.

Wenn aus dem Ausland Stimmen zu hören sind, daß man nicht wisse, was man hinter dem "Eisernen Vorhang" tue, so könne man dies nicht auf die tschechischen Länder applizieren.

Nunmehr geschehe niemandem überflüssigerweise Unrecht und man achte darauf, daß den Deutschen alles gerecht zugemessen wird.<<

### **01.09.1945**

Die britische Militärregierung informiert am 1. September 1945 das Foreign Office (x028/-128-129): >>... Die Vertreibungen werden kaum vorher angekündigt, die Flüchtlinge gehen mit dem, was sie tragen können. Viele streben nach Berlin, weil Eisenbahnlinien dorthin führen und sie auf eine zentrale Organisation hoffen, die ihnen hilft.

Auf dem Weg zu den Bahnstationen leben sie von dem, was sie auf dem Feld und in Häusern stehlen können, und Kranke und Alte bleiben unterwegs liegen. Die meisten haben bei der

Ankunft in Berlin keinerlei persönlichen Besitz mehr, weil sie ihn gegen Nahrungsmittel eingetauscht haben oder unterwegs von Soldaten beraubt worden sind.

... Flüchtlinge werden auf Straßen und Zügen ausgeraubt. Nach einem Gewährsmann bieten Kohlenzüge das sicherste Transportmittel, doch nach Aussage von jemandem, der mit einem Kohlenzug reiste, wurde er zwischen Breslau und Berlin viermal geplündert.

Bestimmte Waren, z.B. Medikamente, können nur in Zlotys bezahlt werden, die Deutsche nicht erhalten, und die Preise steigen teilweise um 1.000 %.

Viele Deutsche weigern sich noch, das Land zu räumen, weil sie hoffen, daß die Grenze weiter östlich festgelegt wird, als die Polen hoffen, doch die Rationen sind so gering (von 500 bis 700 g Brot in der Woche, kein Fleisch oder Fett), daß die Sterblichkeit bereits alarmierend ist.<<

#### **08.09.1945**

Der Lordbischof von Chichester schreibt an den Berliner Probst Grüber (x039/229): >>Ich fühle die Unmenschlichkeit der Vertreibungen aufs Tiefste mit Ihnen und habe bereits über diesen Punkt im Oberhaus gesprochen, indem ich ausführte, daß die Entwurzelung von Millionen aus rassischen Gründen unvereinbar sei mit den Idealen, für welche die Vereinten Nationen gekämpft haben.<<

#### **09.09.1945**

Die britische Botschaft informiert den nordamerikanischen Außenminister (x028/115): >>... (daß) trotz ... der Vereinbarung der Potsdamer Konferenz ... die polnischen Behörden fortfahren, jedenfalls auf indirekte Weise, die noch verbliebenen deutschen Einwohner aus den der polnischen Verwaltung unterstellten deutschen Gebieten zu vertreiben.

Die Schwierigkeiten für die Kontrollkommission, die bereits durch die vorausgegangenen Vertreibungen unabsehbar sind, werden von Tag zu Tag schlimmer.<<

#### **10.09.1945**

Ein Korrespondent der Londoner Tageszeitung "The Times" berichtet am 10. September 1945 aus Berlin (x028/130-131): >>Es gibt keine zuverlässigen Angaben über die Zahl ausgewiesener Deutscher, die von der Ostgrenze und durch die russische Zone kommen, aber wahrscheinlich sind es Millionen. Mit ihrem Wunsch, den Westen zu erreichen, stehen sie schließlich vor den gesperrten Grenzen der britischen und der amerikanischen Zone, die schon selbst genügend Schwierigkeiten haben.

Die Potsdamer Erklärung verlangte, wie man sich erinnern wird, menschliche Behandlung der ausgewiesenen deutschen Staatsangehörigen, und angesichts solcher entsetzlicher Berichte, wie sie der Konferenz aus Städten wie Breslau und Stettin vorgelegt wurden, hat man die betreffenden Länder aufgefordert, weitere Ausweisungen zunächst aufzuschieben.

Es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß diese Anordnung befolgt worden ist. Hier im "Robert-Koch-Krankenhaus", das ich heute morgen besuchte, sind mehr als 60 deutsche Frauen und Kinder, die allesamt vor einem Monat aus einem Danziger Kranken- und Waisenhaus geholt und in Viehwagen ohne Stroh, ohne jede Nahrung oder Wasser, nach Deutschland transportiert wurden. Als der Zug Berlin erreichte, hieß es, daß von 83 Personen, die man in 2 Waggons zusammengepfercht hatte, 20 gestorben waren. ...

Man darf sich sicherlich nicht damit beruhigen, daß die Deutschen sich dieses Elend selbst zuzuschreiben haben; Brutalität und Zynismus, gegen die der Krieg geführt wurde, sind in Europa immer noch am Werke, und wir werden Zeugen von menschlichem Leiden, das schon fast an das von den Nazis verursachte heranreicht.

Vollständige Informationen über diese Massenvertreibungen sind dringend notwendig ...<<

#### **15.09.1945**

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtet am 15. September 1945 (x044/197): >>... Im Widerspruch zur Potsdamer Deklaration, die diesen ungeordneten und unmensch-

lichen Massenvertreibungen von Deutschen Einhalt gebot, geht die Zwangsausweisung aus den Provinzen Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Teilen von Brandenburg unverändert weiter.

Der Rat der Außenminister muß dieser entsetzlichen Tragödie ein Ende machen. Die vertriebenen Millionen sind praktisch ohne Nahrung und obdachlos. Die bewohnbaren Teile der großen Städte waren schon überfüllt, ehe sie kamen, und auf dem Land gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sie unterzubringen.

Die unausweichliche Folge wird sein, daß Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben werden. Die Deutschen haben zweifellos Strafe verdient - aber keine Tortur von dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen als zivilisierter gelten wollen als die Nazis, dann müssen sie sofort mit der Vertreibung aufhören.<<

#### **04.10.1945**

Der Alliierte Kontrollrat fordert die polnische und tschechische Regierung erneut auf, den Abtransport der Deutschen einzustellen, bis ihre ordnungsgemäße Überführung erfolgen kann (x004/116-117).

#### **05.10.1945**

Marschall Shukow erteilt Polen, der CSR und Ungarn die offizielle Erlaubnis, Ost- und Volksdeutsche in die Sowjetische Besatzungszone "umzusiedeln" (x111/87).

#### **07.10.1945**

Die New Yorker "Daily News" berichtet über die Ausweisung der Deutschen (x028/131-132): >>Eine ... Frau mit Narben von Peitschenhieben quer über das Gesicht sagte, als die Gruppe, mit der sie in Oberschlesien zur Eisenbahn marschierte, durch Sagan kam, standen polnische Zivilisten links und rechts der Straße, und die Flüchtlinge wurden systematisch beraubt und geschlagen, als sie vorübergingen. ...

Sie schloß ihre Aussage mit der Vermutung, sie sei schwanger. Auf der Reise nach Berlin war sie dreißigmal vergewaltigt worden.<<

#### **08.10.1945**

Die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) ordnet an, die ausgewiesenen Deutschen nur noch als "Umsiedler" zu bezeichnen (x039/229).

#### **09.10.1945**

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1945-48 politischer Berater Eisenhowers und der US-Militärregierung) berichtet über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x044/197): >>Amerikanisches Militärpersonal ist Augenzeuge von Vorfällen gewesen, bei denen sich deutsche Einwohner böhmischer Dörfer an einem Sammelplatz einfinden mußten, zwangsweise davongetrieben und häufig an Ort und Stelle oder auf der Straße ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt und noch dazu geschlagen wurden, wenn sie sich der Ausweisung widersetzen.<<

#### **10.10.1945**

Die tschechische Zeitung "Lidovy Vecernik" berichtet (x004/101): >>In der Tschechoslowakei geht es lediglich um die Frage: Tscheche und Slowake oder Deutscher und Ungar. Um nichts anderes.

Wenn sich allerdings ein Jude zur deutschen Nationalität bekannt hat, muß er denselben Weg gehen wie jeder andere Bürger deutscher Nationalität, der sich um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bemüht.<<

Außenminister Bevin berichtet im britischen Unterhaus (x028/117-118): >>Ich habe die polnische Regierung ersucht, alle weiteren Vertreibungen von Deutschen in diesem Augenblick zu unterlassen. ...

Der polnische Botschafter in London hat vor kurzem dem Foreign Office versichert, es seien strenge Befehle ausgegeben worden, alle Vertreibungen aus den von Polen besetzten Gebieten künftig zu unterlassen.<<

#### **12.10.1945**

Robert D. Murphy (1894-1978, politischer Berater der nordamerikanischen Militärregierung) berichtet am 12. Oktober 1945 in einem Memorandum für das US-State Department über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/132,147-148): >>Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt 10 Menschen (Vertriebene) gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ...

Daß im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, deren Kommandeure in freundlicher, aber fester Haltung den ansässigen Tschechen erklärt haben, daß gewisse Vorgänge im Namen der Menschlichkeit nicht geduldet werden können; dennoch haben sich rücksichtslose Räumungen ereignet, und zwar so häufig, daß unsere Soldaten oft Haß auf das befreite tschechische Volk empfinden. ...<<

>>... Unser Wissen, daß sie Opfer harter politischer Beschlüsse sind, die von äußerster Rücksichtslosigkeit und Mißachtung der Menschlichkeit durchgeführt werden, mildert die Wirkung nicht. Die Erinnerung an Massendeportationen stellt sich ein, von denen die Welt entsetzt war und die den Nazis den Haß eintrugen, den sie verdienten. Die Massendeportationen, die von den Nazis inszeniert wurden, haben zu unserer moralischen Empörung beigetragen, in der wir den Krieg wagten und die unserer Sache Kraft verlieh.

Nun ist die Sache umgekehrt. Wir finden uns in der scheußlichen Lage, Partner in diesem deutschen Unternehmen zu sein und als Partner unweigerlich die Verantwortung mitzutragen. Die Vereinigten Staaten kontrollieren allerdings nicht unmittelbar die Ostgebiete Deutschlands, durch welche diese hilflosen und ausgeraubten Menschen ziehen, nachdem man sie aus ihrem Heim gewiesen hat. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der polnischen provisorischen Regierung und in geringerem Maß bei der tschechischen ...

In Potsdam kamen die drei Regierungen überein, daß die Umsiedlungen in geregelter und humaner Weise durchgeführt und daß Polen und die Tschechoslowakei aufgefordert werden sollten, vorübergehend die Ausweisung von Deutschen einzustellen. Trotz offizieller Beteuerungen spricht doch alles dafür, daß man die beiden Punkte nicht beachtet hat, vor allem Polen nicht ...

Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und immer noch fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben. ...<<

#### **14.10.1945**

Staatspräsident Dr. Benesch erklärt am 14. Oktober 1945 während einer Rede in Melnik (x004/90,114,117): >>... Ich zog daher meinen unausweichlichen Schluß, auch wenn es für das Wirtschaftsleben belastend ist, unsere Deutschen müssen von uns fort. ... <<

>>... Aber unser ganzes Vorgehen in Sachen ihres Abschubes in das Reich muß menschlich, anständig, richtig, moralisch begründet, genau geplant und mit allen Alliierten fest vereinbart sein. Auch hier darf unser Volk seinen Ruf eines demokratischen und menschlich würdigen Regimes durch nichts beflecken.

Dies erklärte mit mir schon gestern der Vorsitzende Fierlinger, im tschechischen Rundfunk, es erklärte dies die Regierung als Gesamtheit und ich betone dies heute auch selber.

Alle untergeordneten Organe, die sich hiergegen versündigen, werden sehr entschieden zur Ordnung gerufen werden. Die Regierung wird in keinem Falle erlauben, daß der gute Ruf der Republik durch unverantwortliche Elemente geschädigt werde. Das wollte ich heute hier euch, aber auch unserer ganzen tschechischen Öffentlichkeit sagen.

Die Aufgaben, die unser Staat hat, sind ungeheuer, und es ist notwendig, daß sie uns unbedingt gelingen. Wenn wir uns die große historische Tragweite der Umsetzung der Deutschen, z.B. nur für unseren Staat selbst ausdenken, dann sehen wir, daß dies eine tatsächlich revolutionäre Tat sein wird, die unserem ganzen nationalen Leben einen völlig neuen Charakter geben wird und das wiedergutmachen wird, was in vergangenen Zeiten und in den schweren Zeiten unserer Geschichte gegen uns geschehen ist.

Und ähnliche große Aufgaben haben wir mehr. ...<<

>>... In letzter Zeit werden wir aber in der internationalen Presse kritisiert, weil die Umsiedlung der Deutschen bei uns in einer unwürdigen und unzulässigen Weise durchgeführt werde. Wir tun angeblich dasselbe, was die Nazisten uns getan haben; dadurch würden wir unsere eigene nationale Tradition und unseren bisher unberührten sittlichen Ruf antasten. Wir würden einfach die Nazisten in ihren grausamen unzivilisierten Methoden nachahmen. –

Mögen diese Vorwürfe vielleicht in Einzelheiten wahr sein oder auch nicht, ich erkläre ganz kategorisch; unsere Deutschen müssen ins Reich fortgehen, und sie werden in jedem Falle fortgehen. ...<<

#### **15.10.1945**

Die britische Tageszeitung "News Chronicle" berichtet am 15. Oktober 1945 über die Vertreibung von Jugoslawien-Deutschen (x028/121,136): >>Drei- oder viertausend Deutsche aus allen Balkanstaaten hat man an der österreichisch-ungarischen Grenze zusammengeholt, um sie in Österreich abzuladen. ...<<

>>... Ein Zug, der nun auf einem Nebengleis in Wilfersdorf bei Bruck steht, fuhr vor 16 Tagen aus Jugoslawien ab mit 650 deutschen Frauen und Kindern und einigen wenigen Männern aus Südwest-Ungarn.

Sie haben nur das zu essen, was sie bei sich hatten. Niemand kümmerte sich um sie. Der Zug wurde nach Wien und wieder zurückgefahren, da die Leute nirgends hingehen können.

Das österreichische Rote Kreuz erhält keine Erlaubnis, die Flüchtlingslager zu betreten oder den Insassen zu helfen.<<

Während der UN-Konferenz kündigt der polnische Minister Ochab am 15. Oktober 1945 offiziell die Aussiedlung der Deutschen aus den "Wiedergewonnenen polnischen Gebieten" an.

#### **17.10.1945**

Der nördliche Teil Ostpreußens wird am 17. Oktober 1945 offiziell in den sowjetischen Staatsverband eingegliedert.

#### **22.10.1945**

Captain Marples erklärt am 22. Oktober 1945 im britischen Unterhaus (x028/118): >>... (daß) nach einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes Proteste gegen unorganisierte Deportationen von Deutschen durch Polen und Tschechen ohne Wirkung geblieben sind, daß immer noch Flüchtlinge nach Berlin strömen und zu Tausenden auf den Straßen sterben. ...<<

Die US-Zeitschrift "Time" berichtet am 22. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudeten-deutschen (x028/57): >>Gegen diese illoyalen Minderheiten ist das einst duldsame tschechoslowakische Herz verhärtet.

Dr. Benesch und seine Regierung sind eisern entschlossen, den Staat von fast allen seiner 3 Millionen Deutschen zu befreien.<<

### **23.10.1945**

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy informiert US-Außenminister Byrnes über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/133): >>Mitarbeiter, die Flüchtlingszüge aus dem Osten ankommen sahen, stellen fest, daß sich die Leute meistens in bedauernswertem Zustand befinden. ... Sie berichten, daß sie ausgeplündert und um die wenigen Habseligkeiten gebracht wurden, die sie überhaupt mitnehmen durften. ... Wenn sich auch ... kein endgültiges Urteil bilden läßt, hat die Mission andererseits Beweise, ... daß schlechte Behandlung und Beraubung weit verbreitet sind.<<

### **24.10.1945**

USA: Die UN-Charta tritt am 24. Oktober 1945 in Kraft.

Die UN-Satzung formuliert z.B. Grundsätze für die Sicherung des internationalen Friedens, Herstellung und Erhaltung von freundschaftlichen Beziehungen der Völker, Förderung und Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmungsrechte der Völker sowie die Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten, die UN-Grundsätze unbedingt einzuhalten und die Einmischung der UN in innere Angelegenheiten eines Staates zu vermeiden (x128/296-302).

Für die Deutschen ist die UN-Charta wegen der sog. "Feindesstaatenklauseln" (gemäß Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) bedeutungslos. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen werden damals komplett von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen (x024/344).

### **26.10.1945**

Im britischen Unterhaus fordert Sir Arthur Salter die Regierung seiner Majestät auf, geregelte Umsiedlungen der Deutschen durchzusetzen (x028/118): >>... Indem sie allen Einfluß bei jenen Regierungen anbietet, die Deutsche ... aus ihrer Heimat vertrieben haben, damit gesichert wird, daß diese Vertreibung mindestens bis Ende des Winters unterbrochen wird.

Falls sie dann wieder aufgenommen wird, dann auf geregelte Weise, wie es die Potsdamer Erklärung voraussetzt, und mit Zustimmung aller 4 Regierungen, die Deutschland kontrollieren.<<

Außenminister Bevin berichtet ferner (x028/57,132): >>(Die Sudetendeutschen und die Tschechen hätten harmonisch zusammengelebt, bis Hitlers Helfershelfer) das großartige Unterfangen zerbrachen, einen demokratischen Staat ins Leben zu rufen und aufzubauen.<<

>>Es war ein jämmerlicher Anblick - dieser lange Zug von Kinderwagen und kleinen Fahrzeugen aller Art, und die Leute fast alles Frauen und Kinder und ganz wenige Männer.

Man konnte nur noch sagen: "Mein Gott, das ist der Preis für Dummheit und Krieg". Es war der schlimmste Anblick, den man sich denken kann.<<

### **28.10.1945**

Staatspräsident Dr. Benesch berichtet über die Ausweisung der Sudetendeutschen (x004/90): >>Es verlassen die Republik nicht weniger als 800.000 Arbeitskräfte. Der Staat wird ärmer, aber das Opfer muß im Interesse des zukünftigen Friedens gebracht werden.<<

### **05.11.1945**

Die US-Zeitschrift "Time" rechtfertigt die Vertreibung der Sudetendeutschen (x028/57): >>Die 3 Millionen Sudetendeutschen, die jetzt zu Europas Millionen elender Verschleppter hinzukommen, hatten sich in Massen erhoben, um die Tschechen zu verraten. ...<<

### **10.11.1945**

Die britische Wochenzeitschrift "The Economist" berichtet (x028/119): >>Es ist eine unangenehme, aber feststehende Tatsache, daß die Proteste der Westmächte gegen die sofort vorgenommenen Vertreibungen von Deutschen aus den Gebieten an Oder und Neiße und aus dem Sudetenland unwirksam waren. Die Vertreibungen gehen weiter.<<

### **12.11.1945**

Die IRK-Hilfskommission berichtet am 12. November 1945 über das Schicksal der deutschen

Vertriebenen (x028/127): >>Diese entwurzelten Massen wanderten über die Hauptstraßen, hungernd, krank und müde, oft voller Ungeziefer. Wo immer sie auftauchten, wurden sie weitergeschickt, bald in diese, bald in eine andere Richtung.

Nehmen Sie als Beispiel den Fall eines Schlesiens und seiner Frau. Sie kamen bis Mecklenburg, wo sie die offizielle Anweisung erhielt, nach Schlesien zurückzukehren. Der Mann ging zu seinem Karren zurück, setzte seine Frau darauf, die nicht mehr gehen konnte, und kehrte nach Schlesien zurück. Kaum waren sie angekommen, wurden sie sofort wieder ausgewiesen.

...

Oder denken Sie an die Kinder. Am 27.07.1945 kam im Westhafen von Berlin ein Schiff mit ... rund 300 fast zu Tode verhungerten Kindern an, die aus einem (polnischen) Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Kinder von 2 bis 14 Jahren lagen bewegungslos auf dem Schiffsboden, die Gesichter von Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziefer zerfressen. Leib, Knie und Füße waren geschwollen - bekanntes Symptom des Hungers. ...<<  
Die US-Zeitschrift "Time" berichtet über völlig unterernährte ostdeutsche Kinder, die in der britischen Besatzungszone eintreffen (x028/113): >>Diese ... deutschen Kinder büßen für Sünden, die ihre Eltern vielleicht begingen. Weggejagt aus einem polnischen Waisenhaus in Danzig, wurden sie in vollgestopften Viehwagen, ohne ärztliche Betreuung und beinahe ohne Lebensmittel, nach Deutschland zurückgeschickt.

Die Polen, deren Kinder vor gar nicht langer Zeit ähnlich aussahen, sind dabei, sämtliche Krankenhäuser von Deutschen, egal wie krank, zu säubern. ...<<

### **13.11.1945**

Die polnische Regierung erläßt am 13. November 1945 ein Dekret über die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/95-96): >>... Art. 1. Solange es die außerordentlichen Bedürfnisse erfordern, wird für eine Übergangszeit ein Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gebildet.

Art. 2. Die Tätigkeit des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete erstreckt sich auf die westlich und nördlich der Staatsgrenzen von 1939 gelegenen Gebiete.

Zum Aufgabenbereich des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete gehören:

- a) die Ausarbeitung von Richtlinien für die Staatspolitik in den Wiedergewonnenen Gebieten sowie eines Planes für ihre Bewirtschaftung und die Überwachung seiner Ausführung,
- b) die Durchführung einer planmäßigen Ansiedlungsaktion,
- c) die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern, die ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigen,
- d) die Verwaltung des ehemals deutschen Vermögens,
- e) die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete, wobei der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete alle Angelegenheiten unterstehen, welche außerhalb dieser Gebiete zur Zuständigkeit des Ministers für Öffentliche Verwaltung gehören ...

Art. 7. In den Wiedergewonnenen Gebieten üben die Wojewoden und Starosten - jeder in seinem Verwaltungsbereich - die oberste Leitung aller Zweige der staatlichen Verwaltung aus (Art. 2) und haben das Recht in diesem Bereich allen Behörden, Ämtern und amtlichen Organen innerhalb des in Art. 2 bezeichneten Aufgabenbereichs des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete Dienstanweisungen zu erteilen. ...<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete ist auch für die planmäßige Ansiedlung von Polen zuständig.

### **17.11.1945**

Das Sekretariat des Alliierten Kontrollrates schlägt vor (x002/737): >>... daß die Ausweisung im Dezember 1945 beginnen und 10 % der Gesamtzahl der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung betragen könne.<<

### **20.11.1945**

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmt dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzt ferner die Umsiedlungsquoten für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollen (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 aus der CSR und 500.000 aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 aus Österreich.

In Nürnberg beginnt der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher.

Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautet wie folgt (x129/159): >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben.

Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:

a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;

b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<

## **26.11.1945**

Das tschechoslowakische Ministerium des Innern beschließt am 26. November 1945 einen Erlaß über die Aussiedlung von deutschen Antifaschisten in die SBZ (x004/346-347): >>Die russischen Besatzungsbehörden in Deutschland haben die Bereitschaft geäußert, eine größere Anzahl Personen deutscher Nationalität zu übernehmen, welche nachgewiesenermaßen antifaschistischer Gesinnung sind. ...

Das Innenministerium empfiehlt, dieser Aktion jede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen, so daß sie so schnell als möglich durchgeführt werden kann. ...

Die Aussiedlungsbewilligung ist nicht zu erteilen: ... Personen, welche in für das Wirtschaftsleben besonders wichtigen Unternehmen beschäftigt sind, z.B. Spezialisten und Facharbeiter oder qualifizierte Kräfte. ...



Sie können ... ohne Sonderbewilligung des Finanzministeriums nicht mitnehmen: Gegenstände, deren Abgabe ... durch Kundmachung des Finanzministerium vom 22.6.1945 ... angeordnet worden ist. ...<<

### **30.11.1945**

US-Außenminister Byrnes weist den nordamerikanischen Botschafter in Warschau am 30. November 1945 an, gegen die polnischen Vertreibungsmethoden zu protestieren (x028/133):

>>... Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentransporten mit deutschen Flüchtlingen, die offenbar aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach Deutschland gekommen sind. Diese Leute sind vermutlich in Eile aus ihren Wohnungen vertrieben und um all ihren Besitz gebracht worden, bis auf das, was sie tragen konnten.

Berichte zeigen, daß diese Flüchtlinge, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung angekommen sind, daß manche an ansteckenden Krankheiten leiden, daß vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist.

Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren, ... ebenso wenig mit internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen.<<

### **03.12.1945**

Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtet (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.

Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungerte Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<

### **04.12.1945**

Nordamerikanische Senatoren berichten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>... Wir wurden durch die Politik der russischen Regierung gehindert, in Ostdeutschland einzureisen, doch wissen wir durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.

Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ...

Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

### **05.12.1945**

Ein Redakteur der "Rude Pravo" erläutert am 5. Dezember die Registrierung aller Deutschen, die noch in Freiheit leben (x004/118): >>Damit es ... manchen Deutschen (nicht) gelinge, aus den Abschubverzeichnissen herauszuschlüpfen, hat das Innenministerium eine schlagartige, karteimäßige Konskription aller Deutschen zum 1. Dezember 1945 angeordnet. ...

Es ist die Sache aller Orts- und Bezirksnationalausschüsse, ... aber auch eines jeden von uns, dafür zu sorgen, daß keiner von denen vergessen wird, die im Jahre 1938 so sehnsüchtig riefen: "Wir wollen ins Reich".<<

### **08.12.1945**

Bertrand Russel berichtet am 8. Dezember im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/195): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ...

Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekarrt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

### **10.12.1945**

"Der Sozialdemokrat" zitiert Karl Kreibich, den Sprecher der sudetendeutschen Kommunisten und späteren CSR-Botschafter in Moskau (x004/103): >>Kümmert euch nicht darum, wieviel Deutsche endgültig da sein werden, je weniger desto besser.

Eines aber ist unabänderlich; es darf in der Tschechoslowakischen Republik niemals wieder eine organisierte politische Gruppe der deutschen Minderheit geben, es darf keine eigene deutsche, sei es wirtschaftliche, politische oder kulturelle Richtung geben. ... Die Erziehung der Kinder muß tschechisch sein.<<

### **11.12.1945**

Der Flüchtlingsausschuß des Länderrates bittet die nordamerikanische Militärregierung, während der Kälteperiode keine weiteren Vertreibungstransporte zu erlauben, Medikamente bereitzustellen und ausgesonderte Lebensmittel aus Heeresbeständen abzugeben (x039/230).

### **12.12.1945**

US-Botschafter Patterson berichtet dem nordamerikanischen Außenminister aus Belgrad, daß die jugoslawische Regierung keine Vertreibungen angeordnet hat und sich weigert, Jugoslawien-Deutsche aus Österreich aufzunehmen (x028/225).

### **18.12.1945**

Das Foreign Office telegraphiert am 18. Dezember 1945 an den britischen Botschafter in Warschau (x028/134): >>... Radio Warschau meldete am 18. Dezember, daß ein Erlaß des Regierungsbevollmächtigten für Westpommern veröffentlicht worden ist, wonach Beschäftigung jeder Art für Deutsche in Stettin verboten ist.

Das klingt kaum vereinbar mit "geregelten und humanen" Maßnahmen für die Umsiedlung. Deutsche in Stettin werden vermutlich entweder gezwungen werden, zu verhungern, wo sie sind, oder sich eilig auf den Weg machen, bevor geeignete Anordnungen für ihre Umsiedlung oder ihre Aufnahme getroffen werden können.

Falls Sie keine Einwände haben, erwähnen Sie bitte diesen Bericht den polnischen Behörden gegenüber und kommentieren sie ihn im oben umrissenen Sinn.<<

### **22.12.1945**

Die ungarische Nationalregierung beschließt am 22. Dezember 1945 eine Aussiedlungsverordnung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland (x008/-91E-93E): >>... § 1 Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsbürger verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.

§ 2 1) Die Vorschrift des § 1 bezieht sich nicht auf den Ehegatten und die minderjährigen Kinder einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) sowie auf die mit ihnen – auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr ... vollendet haben. ...

§ 3 1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der umsiedlungspflichtigen Personen ist - ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im In- oder Ausland aufhalten - vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an als beschlagnahmt zu betrachten, der Eigentümer (Besitzer) kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer kann aus den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechenden Mengen verbrauchen.

2) Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren. Das zur Erstellung des Inventars und zur Verwahrung der in das Inventar aufgenommenen Gegenstände erforderliche Fachpersonal wird von den zuständigen Ministern zur Verfügung gestellt.

3) Der Innenminister bestimmt, welche beweglichen Güter der Umsiedlungspflichtige mit sich nehmen kann.

4) Ein Verstoß gegen die in Absatz (1) enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände stellt ein Verbrechen dar und wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.

§ 4 1) Die umsiedlungspflichtigen Personen sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen. ...

§ 5 1) Das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen ist an der Mitteilungstafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen.

2) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen können ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibehörde verlassen. ...

3) Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrer Umsiedlung in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren), ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen aber ist einzuziehen.<<

#### **24.12.1945**

Papst Pius XII. fordert die Siegermächte auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<

Papst Pius XII. kritisiert ferner kollektive Strafuweisungen (x025/157): >>Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.

Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<

#### **31.12.1945**

Obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistatt bedeuten, bleibt die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen haben sich bis zu diesem Zeitpunkt in Ostdeutschland niedergelassen (x001/118E-119E).